

GdG-KMSfB: Holen wir Kreativschaffende aus der Armutsfalle!

Bundeskongress beschließt Leitantrag „Kunst und Kultur - Kreativität trifft Wirtschaft“

Filmschaffende, MusikerInnen, JournalistInnen, SportlerInnen und viele andere in diesem Bereich Tätige müssen endlich aus ihren prekären Arbeitsverhältnissen raus. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) fordert unter anderem, dass die von der öffentlichen Hand ausgeschüttete Filmförderung an die Einhaltung fairer Arbeitsbedingungen gekoppelt wird. Mittel- und kleinere Bühnen müssen ausreichend finanzielle Mittel gewährt bekommen, um auf Werkverträge und Honorarnoten verzichten und stattdessen Jahresverträge anbieten zu können. Und auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk benötigt eine ausreichende Finanzierung, um seinen Programmauftrag erfüllen zu können. Ein entsprechender Leitantrag wurde heute, Freitag, beim 2. Bundeskongress der GdG-KMSfB beschlossen. Beim vorangegangenen Panel diskutierten Kulturminister Josef Ostermayer, Johannes Studinger, Direktor Union Network International – Media, Entertainment & Arts (UNI-MEI), und Regina Schmallegger, freischaffende Flötistin.

Regina Schmallegger appellierte: „Künstlerische Leistung muss wirtschaftlich anerkannt werden. Millionen von Touristen kommen jedes Jahr nach Wien, hauptsächlich wegen der künstlerischen Vielfalt. Es gibt immer noch zu viele Künstler, die von ihrer Arbeit schwer leben können. Wir brauchen endlich eine Regelung, die die prekären Verhältnisse beendet.“ Sie kritisiert, dass es keine klaren Vertragsstrukturen gebe und Dienstverhältnisse teilweise durch persönliche Vereinbarungen getroffen werden.

Minister Ostermayer erinnerte in diesem Zusammenhang an zwei wichtige gesetzliche Neuerungen, die kürzlich getroffen wurden. „Wir haben Schwachstellen bei der Künstlersozialversicherung ausgebessert und durch die Urheberrechtsnovelle erhalten Kunst- und Kulturschaffende eine faire Vergütung für ihre Leistungen.“

Johannes Studinger brachte eine europäische Sichtweise in die Diskussion ein: „Entscheidungsträger müssen sich bewusst werden, dass die Rechte der Kreativen gestärkt werden müssen. In vielen EU-Mitgliedsstaaten wurde Kultur an den Rand gedrängt, Kunstschaffende müssen in soziale Sicherungsnetze aufgenommen werden.“